



„Die medizinische Versorgung ist ein wichtiger Standortfaktor“

Bertram Brossardt über die künftige Finanzierung des Gesundheitswesens

Die KZVB ist seit Juli Fördermitglied in der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), die die Interessen von 155 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden mit rund 4,8 Millionen Beschäftigten vertritt. Wir sprachen mit vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt über die Bedeutung wohnortnaher Versorgungsstrukturen für den Wirtschaftsstandort Bayern.

BZB: Neben der KVB ist auch die KZVB seit Kurzem Fördermitglied der vbw. Warum ist es aus Ihrer Sicht wichtig, dass die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte sich in der Interessensvereinigung der bayerischen Wirtschaft engagieren?

Brossardt: Qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgungsstrukturen sind ein wichtiger Standortfaktor. Fehlen vor Ort Haus- und Fachärzte, wird es für die Unternehmen schwer, Mitarbeiter zu finden und zu halten. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dass die KZVB nun auch vbw-Mitglied ist und wir mit vereinter und starker Stimme an dem Ziel einer optimalen Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen in Bayern arbeiten können.

BZB: Die deutsche Wirtschaft ist mal wieder das Sorgenkind in Europa. Warum schwächelt die Konjunktur hierzulande stärker als in anderen EU-Staaten?

Brossardt: Es gibt konjunkturelle Aspekte, die uns stärker treffen als andere Volkswirtschaften. Die gesamte Weltwirtschaft ist derzeit schwach, die Zinssteigerungen, die zur Inflationsbekämpfung nötig sind, belasten die Investitionen. Als Land mit einer großen und international ausgerichteten Industrie trifft uns das stärker als andere. Es sind aber vor allem auch strukturelle Probleme, die die Konjunktur in Deutschland ausbremsen. Wir haben schon seit Langem zu hohe Arbeitskosten, Abgaben und Steuern. Dazu kommen die hohen Energiepreise. Außerdem hemmt

uns die Bürokratie mit ihren Regulierungen und langen Genehmigungsprozessen. Und auch der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel sind eine echte Wachstumsbremse.

BZB: Sie weisen als Hauptgeschäftsführer der vbw seit fast zwei Jahrzehnten auf diese Probleme hin. Geändert hat sich wenig. Ist Deutschland reformunfähig?

Brossardt: Zugegebenermaßen ist es schon manchmal frustrierend, wenn Warnungen und Appelle nicht gehört werden oder nicht zu den geeigneten Maßnahmen führen. Aber unser Land hat in der Vergangenheit durchaus bewiesen, dass es reformfähig ist. Wir waren Anfang des Jahrtausends schon einmal der „kranke

Mann Europas“. Dank mutiger Reformen wurden wir einige Jahre später zur Wachstumslokomotive. Das gibt Zuversicht, dass wir es auch diesmal wieder schaffen. Ich hoffe nur, dass der Ernst der Lage endlich erkannt wird. Wenn wir dann gemeinsam anpacken, werden wir auf die Erfolgs- und Wachstumspur zurückkehren.

BZB: Welche Rolle spielt ein gutes Gesundheitssystem für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland?

Brossardt: Eine große, deren Bedeutung vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung weiterwächst. Gute Versorgungsstrukturen sind für die Unternehmen gerade im ländlichen Raum ein immer stärkerer Standortfaktor. Unser Gesundheitssystem ist aber auch im globalen Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte ein entscheidender Faktor, um sich von Konkurrenten abzuheben.

BZB: Die gesetzliche Krankenversicherung bekommt ihr Milliardendefizit nicht in den Griff. Welche Vorschläge hat die vbw, um Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen?

Brossardt: Zunächst ist es wichtig, festzuhalten, dass wir ein Ausgabenproblem haben – kein Einnahmenproblem. Trotz gestiegener Beiträge fährt die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) weiterhin ein Defizit ein. Mit Blick auf die Herausforderungen müssen wir schnell Reformmaßnahmen durchführen, die die Finanzen der GKV stabilisieren. Akuter Handlungsbedarf besteht zum Beispiel bei der Einführung kostendeckender Beiträge für Bürgergeld-Beziehende, der Dynamisierung des Bundeszuschusses für versicherungsfremde Leistungen sowie der Absenkung der Mehrwertsteuer für GKV-Leistungen. Mittel- und langfristig müssen grundlegende Strukturreformen erfolgen, die unser Gesundheitssystem zukunftsfähig machen. Wir brauchen eine Krankenhausreform, die eine bedarfsgerechte und finanzierbare stationäre Versorgung sicherstellt. Gleichzeitig müssen wir stärker als bislang Ambulantisierungspotenziale nutzen und die ambulante und stationäre Versorgung besser miteinander verzahnen. Nicht zuletzt müssen endlich die Chancen der Digitalisierung konsequent genutzt werden.

BZB: Das duale System von GKV und PKV steht immer wieder in der Kritik. Stichwort: Zweiklassenmedizin! SPD, Linke und Grüne plädieren nach wie vor für eine Bürgerversicherung. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Brossardt: Wir lehnen die Bürgerversicherung klar ab. Eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und damit auch der Versicherungspflichtgrenze würde Arbeitgeber und Arbeitnehmer stark belasten. Bei Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung auf das Niveau der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung entstünden paritätisch zu zahlende Mehrbeiträge in Höhe von 14,3 Milliarden Euro. Das hieße, dass aufseiten der Arbeitgeber zusätzliche Lohnzusatzkosten von über 7,1 Milliarden Euro entstehen würden. Niedergelassene Ärzte erzielen, insbesondere im ländlichen Raum, durch Privatversicherte die nötigen Mehrerlöse, um die Qualität der Versorgung insgesamt zu verbessern. Bayernweit bringen die überproportionalen Erlöse durch Privatversicherte der medizinischen Versorgung über zwei Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Würden diese mit der Einführung einer Bürgerversicherung wegfallen, käme es zu einer deutlichen Verschlechterung bei der Versorgung.

BZB: Die Krankenhausreform gefährdet aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung kleine Landkrankenhäuser, die aber auch wichtige Arbeitgeber sind. Soll man sie erhalten, auch wenn sie rote Zahlen schreiben?

Brossardt: Wir brauchen dringend eine Krankenhausreform. Das ist unstrittig. Das darf aber nicht zu unkontrollierten Insolvenzen führen, die einen Kahlschlag bei der medizinischen Versorgung auslösen würden. Strukturänderungen müssen hier gut diskutiert sein.

BZB: Der Fachkräftemangel trifft so gut wie jeden Wirtschaftszweig – auch die Medizin und die Zahnmedizin. Wie kann man hier schnell gegensteuern?

Brossardt: Gerade bei dem nicht-medizinischen Personal in den Praxen haben wir mit einem Modellprojekt, das Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern durch Anpassungsqualifizierungen zu Praxisassistenten qualifiziert, gute Erfahrungen

gemacht. So kann das medizinische Fachpersonal da eingesetzt werden, wo es wirklich benötigt wird.

BZB: Deutschland hinkt bei der Digitalisierung hinterher. Das gilt auch für das Gesundheitswesen. Die staatlich kontrollierte gematik (Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte) schafft es nicht, eine funktionierende Telematik-Infrastruktur aufzubauen. Was halten Sie generell davon, wenn der Staat Aufgaben übernimmt, die die Wirtschaft vermutlich schneller, besser und wirtschaftlicher erledigen könnte?

Brossardt: Offensichtlich funktioniert es in dem Bereich nicht. Wir hinken bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen erheblich hinterher. Weder funktioniert die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) richtig noch haben wir eine elektronische Patientenakte. Die Liste an mehr oder weniger gescheiterten Digitalisierungsprojekten im Gesundheitswesen lässt sich fortsetzen. Wir brauchen jetzt endlich einen Durchbruch. Erstens, um Effizienzpotenziale zu heben und so Kosten zu senken, zweitens aber insbesondere auch, um das Personal im Gesundheitswesen zu entlasten.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier.



„Gute medizinische Versorgungsstrukturen sind für die Unternehmen gerade im ländlichen Raum ein immer stärkerer Standortfaktor“, meint Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.